

## DEBATTE

MARTIN ZECHNER  
über die Herabstufung der  
Kreditwürdigkeit Österreichs



### Ein BB für die österreichische Politik

Für den interessierten Bürger mutet die Debatte rund um das Downgrading Österreichs durch die Ratingagentur Standard & Poor's wohl mehr als kurios an. Die politisch Verantwortlichen zeigen einmal mehr, dass sie jeden Bezug zur Realität und ihre fachliche Legitimation, diesen Staat noch zu regieren, längst verloren haben. Im Abwehrreflex die Experten von Standard & Poor's nun zu Übeltätern hochzustilisieren, die sich gegen Österreich und andere Länder verschworen haben, wird das (leider viel zu leicht zu begnügende) Wahlvolk endgültig für dumm verkauft. Lassen wir die Fakten sprechen: Dieses längst fällige Downgrading war offensichtlich für jeden erwartbar – nur für die Verantwortlichen der österreichischen Bundesregierung

„Niemand nutzt die Herabstufung des Ratings, um radikale, notwendige Reformen in die Wege zu leiten – im Gegenteil.“

war es eine Überraschung. Diese wurden davon offensichtlich völlig unvorbereitet getroffen, was nahezu ein Ding der Unmöglichkeit ist. Derartige Ratingprozesse sind nämlich nicht das Resultat einer Nacht-und-Nebel-Aktion, nein, ihnen gehen monatelange Vorbereitungen der Ratingagenturen voraus. Sie sind das Resultat nüchterner, auf Fakten basierender Analysearbeit und nichts anderes. Offensichtlich hat man sich in Österreich zu sicher gefühlt und aus dieser Sicherheit – und das ist die einzige Erklärung – die Öffnung für längst fällige Reformen verabsäumt. Doch der Höhe-

punkt dieser Ignoranz ist jetzt hautnah zu verspüren. Niemand nützt dieses Ergebnis, um radikale, notwendige Reformschritte in die Wege zu leiten – im Gegenteil. Das Rating wird zum Fehler erklärt, die Banken zu Schuldigen, und man geht ohne Reflexion zur Tagespolitik über. Warum schafft man es nicht einmal jetzt, diese negative Situation als Chance zu sehen und den Staat radikal umzukrempeln?

Was Österreich nun braucht, ist eine Diskussion ohne jegliche Tabus. Eine Diskussion über den überdimensionalen Verwaltungsapparat und damit fällige Reformen – wie beispielsweise eine Abschaffung der Bundesländer. Eine Diskussion über die Kosteneffizienz unseres Gesundheits- und Sozialsystems, eine Diskussion über die in Europa einzigartige österreichische Förderlandschaft. Nur eine deutliche Reduktion der Administration und der teilweise nicht notwendigen Leistungen des Staates in Verbindung mit der Attraktivierung unseres Steuersystems kann uns wieder auf die Straße der Sieger zurückbringen. Strafsteuern und die weitere Belastung von Unternehmen sind sicher das falsche Signal. Leider zeigen uns die Vergangenheit und die jüngsten Reaktionen der Entscheidungsträger, dass es dazu keine Bereitschaft gibt. Schuld sind nicht wir, sondern die anderen, das ist die Devise. Mit dieser Einstellung zeigt unsere Politik, dass sie selbst mit ihrer Verhaltensweise niemals ein „AAA“ oder „AA+“ verdient, nein, die Verhaltensweise verdient ein „BB“ – und das ist Ramschstatus. Das ist traurig.

Martin Zechner ist Strategieberater in Wien